Das hat der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs auf die Beschwerde des Generalbundesanwalts gegen einen Beschluss entschieden, mit dem der [Ermittlungsrichter](#) des Bundesgerichtshofs den Antrag auf eine verdeckte Online-Durchsuchung abgelehnt hatte.

Nach der Entscheidung ist die verdeckte Online-Durchsuchung insbesondere nicht durch § 102 [StPO](#) (Durchsuchung beim [Verdächtigen](#)) gedeckt, weil die Durchsuchung in der Strafprozessordnung als eine offen durchzuführende Ermittlungsmaßnahme geregelt ist. Dies ergibt sich zum einen aus mehreren Vorschriften des Durchsuchungsrechts zu Gunsten des Beschuldigten - Anwesenheitsrecht (§ 106 Abs. 1 Satz 1 [StPO](#)) und Zuziehung von Zeugen (§ 105 Abs. 2 [StPO](#), § 106 Abs. 1 Satz 2 [StPO](#)) -, deren Befolgung als zwingendes Recht nicht zur Disposition der Ermittlungsorgane steht. Zum anderen folgt dies aus einem [Vergleich](#) mit den Ermittlungsmaßnahmen, die - wie die Überwachung der Telekommunikation (§§ 100a [StPO](#), 100b [StPO](#)) oder die Wohnraumüberwachung (§§ 100c [StPO](#), 100d [StPO](#)) - ohne Wissen des [Betroffenen](#) durchgeführt werden können, für die aber deutlich höhere formelle und materielle Anforderungen an die Anordnung und Durchführung bestehen. Auch andere Befugnisnormen der Strafprozessordnung gestatten die verdeckte Online-Durchsuchung nicht.

BGH-Beschluss vom 31. Januar 2007 - [StB 18/06](#); [BGH PM 17/2007](#)

[Ermittlungsrichter](#) des Bundesgerichtshofs - 1 BGs 184/06 - Entscheidung vom 25. November 2006